

Gentechnikfreie Landwirtschaft formiert sich

Berlin, den 23. Juni 2004 - Eine gemeinsame „Berliner Erklärung“ zum Umgang mit der Gentechnik in der Landwirtschaft präsentierten heute zum Abschluss der Tagung „Gentechnikfreie Regionen und ‚Koexistenz‘. Sicherstellung gentechnikfreier Landwirtschaft und Schutz der Biodiversität“ über 80 Umwelt-, Natur- und Tierschutzschutz-, Verbraucher- und Bauernorganisationen. Unter den Referenten waren auch Bundesumweltminister Jürgen Trittin und Bundesverbraucherministerin Renate Künast. Vertreterinnen und Vertreter von gentechnikfreien Regionen, aus dem Naturschutz sowie von Bundes- und Landesbehörden, Unternehmen und Verbänden diskutierten zwei Tage darüber, wie gentechnikfreie Landwirtschaft und ein effektiver Naturschutz nach dem Fall des EU-Moratoriums für die Zulassung von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) und im Lichte des neuen Gentechnikgesetzes realisiert werden können.

Die 15 Punkte umfassende Erklärung fordert u.a. den umfassenden Schutz der Biodiversität, die Reinhaltung des Saatgutes und Maßnahmen gegen eine künstliche Verknappung gentechnikfreier Futtermittel, den Schutz gentechnikfreier Regionen und ein Anbauverbot von Gentechnik in Naturschutzgebieten. Sämtliche Kosten, die mit einer Einführung der Gentechnik in der Landwirtschaft verbunden sind, seien von deren Verursachern zu tragen. Verlässliche Mindeststandards für den GVO-Anbau und die sogenannte Koexistenz müssten auf europäischer Ebene festgelegt werden, um „Gentech-Dumping“ und Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Solange dürfe es keine neuen Genehmigungen für den Anbau von GVO in der Landwirtschaft geben.

„Das jetzt im Bundestag verabschiedete Gentechnikgesetz ist ein Meilenstein zum Schutze der gentechnikfreien Landwirtschaft,“ sagte Prof. Hubert Weiger, Vorsitzender des AgrarBündnis, das zusammen mit der Zukunftsstiftung Landwirtschaft die Tagung ausrichtete. „Haftung, Registrierung und Verpflichtung zur Einhaltung der guten fachlichen Praxis beim Gentechnikanbau sind besser geregelt als wir erwartet hatten.“ Dass Sozialdemokraten und Grüne wichtige Teile des Gesetzes davor bewahrten, im Bundesrat von der CDU im Sinne der Gentechnikindustrie umgeschrieben zu werden, begrüßte er ausdrücklich.

Allerdings gebe es auch Schattenseiten, wie etwa die Beschneidung der Kompetenzen des Bundesamtes für Naturschutz beim Zulassungsverfahren. „Der Naturschutz darf nicht wieder auf das Niveau der siebziger Jahre zurückgedreht werden,“ warnte Weiger, „als nach dem Motto verfahren wurde 'Wir werden erst aktiv, wenn der Schaden bereits eingetreten und zweifelsfrei erwiesen ist'. Das Vorsorgeprinzip muss in der Praxis und nicht allein in Gesetzes-Präambeln umgesetzt werden.“ Er forderte zugleich eine deutliche Aufstockung der Forschungsmittel „für eine ökologische Sicherheitsforschung, die diesen Namen auch verdient“.

Den Bauern und Konsumenten werden Wahlfreiheit und Transparenz versprochen. Die Realität sieht bereits heute anders aus, sagte Benedikt Haerlin von der Zukunftsstiftung Landwirtschaft: „Geheimer Anbau von Gentech-Mais, keine Versorgung der Landwirte mit gentechnikfreien Futtermitteln, keine Garantien der Industrie, ihr normales Saatgut gentechnikfrei zu halten, die Weigerung der Versicherungswirtschaft, für mögliche finanzielle und Umweltschäden zu haften, Verunsicherung der Verbraucher bei Milch, Fleisch und Eiern.“

Der Strategie, v.a. durch gentechnische Verunreinigung des Saatgutes und der Futtermittel vollendete Tatsachen zu schaffen und gleichzeitig zu behaupten, „die Gentechnik ist ohnehin nicht mehr aufzuhalten“, könnten sich die Landwirte - eingeklemmt zwischen marktbeherrschenden Agrarkonzernen auf der einen und preisbestimmenden Großabnehmern auf der anderen Seite - alleine nicht erwehren. „Nur wenn Landwirte, Verbraucher und Naturschützer, aber auch die Gemeinden und Regionen hier an einem Strick ziehen, werden sie tatsächlich ihre Wahlfreiheit verteidigen können,“ sagte Haerlin.

Die „Berliner Erklärung“ sehen die unterzeichnenden Organisationen als ein gemeinsames Arbeitsprogramm zur Erhaltung gentechnikfreier Landwirtschaft und ökologisch sensibler Gebiete und stellen sich darauf ein, dass die Auseinandersetzung darüber noch Jahre dauern wird.

Nähere Informationen zur Tagung und Download „Berliner Erklärung“ unter www.zs-l.de und www.agrarbuendnis.de